

Gröbenzell will bei Umfahrung mitreden

Bürgermeister Dieter Rubenbauer zweifelt Daten an und befürchtet deutliche Zunahme des Verkehrs

Von Erich C. Setzwein

Gröbenzell ■ Aus Sorge um eine deutliche Zunahme des Verkehrs durch den Ort wird sich Gröbenzell gegen die von der Nachbargemeinde Olching vorangetriebene Umfahrung wehren. Bürgermeister Dieter Rubenbauer (CSU) forderte am Donnerstag im Gemeinderat, dass die Gemeinde formell am Planfeststellungsverfahren beteiligt werden solle. Gröbenzell, so Rubenbauer, stehe in Kontakt zur Nachbargemeinde Eichenau und der Bürgerinitiative Ortsentwicklung Olching (BIOO), die die neue Trasse ebenfalls bekämpfen.

„Die Zahlen aus dem Kurzak-Gutachten stimmen nicht“, zog Rubenbauer die Erhebungen des bekannten Verkehrsplaners in Zweifel. Die Gemeinde Olching und die Straßenplaner berufen sich bei ihrer Forderung nach einer Umfahrungsstraße im Südwesten darauf. Rubenbauer aber glaubt, dass die Auswirkungen für Gröbenzell noch gravierender sein dürften als prognostiziert. Sollte die im zweiten Bauabschnitt geplante Südostumfahrung kommen, die direkt auf die Olchinger Straße (Staatsstraße 2345) führt, werde ein Großteil der täglich bis zu 19 000 Autos durch die Gröbenzeller und die Eichenauer Hauptstraße fahren.

In einem Brief an die Regierung von Oberbayern forderte Rubenbauer, dass die laufende Planfeststellung sofort ausgesetzt werden solle. In sämtlichen Unterlagen zur Tektur werde auf die Verlängerung der Umfahrung nach Gröbenzell Bezug genommen. Die Entlastung Olchings sei nur marginal, die Auswirkungen auf Eichenau und Gröbenzell aber massiv. Rubenbauer sieht deshalb die Belange seiner Gemeinde berührt und verlangte, dass Gröbenzell am Verfahren beteiligt wird.

Vor acht Wochen während der Anhörung im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens bekam Vizebürgermeister Walter Strauch



Gerade erst abgekühlt scheint der Asphalt auf der Eichenauer Hauptstraße zu sein, die in den nächsten Jahren wegen der Olchinger Umfahrung viel mehr Fahrzeuge aufnehmen dürfte. Foto: Günther Reger

zumindest ein Rederecht. Strauch verfolgte die Anhörung zusammen mit Gemeinderat Martin Runge und Engelbert Bauer vom Bauamt. In seinem Schreiben vom April forderte Rubenbauer dann die notwendigen Unterlagen bei der Regierung von Oberbayern an, die vor kurzem eingingen. Es seien zwei volle Aktenordner, berichtete Rubenbauer, die mittlerweile beim Anwalt der Gemeinde zur Prüfung lägen. Dass die Regierung der Gemeinde eine Frist bis Ende dieses Monats gesetzt hat, hat den Bürgermeister nicht gerade erfreut. Er hielt seinen Ärger in

der Sitzung aber zurück und erläuterte, dass die Gemeinde zunächst eine Fristverlängerung beantragt habe. Mit den Gegnern der Umfahrung stehe man in Kontakt, jeder würde aber momentan für sich vorgehen.

„Es ist eine Unverschämtheit, die Gemeinde nicht zu beteiligen“, wettete Grünen-Gemeinderat Martin Runge. Die Staatsregierung habe ihm auf seine Anfrage mitgeteilt, dass die Unterlagen in Emmering und Olching ausgelegen hätten, und das sei ausreichend gewesen. Runge gab auch Informationen weiter, die er kurz

vor der Sitzung erhalten hatte. Demnach werde die gerade erst ausgebaute Hauptstraße in Eichenau als so leistungsfähig angesehen, dass sie den zunehmenden Verkehr von der Olchinger Umfahrung aufnehmen könne. Runge und Kollegen war die Empörung über diese Nachrichten anzumerken. Für den Fraktionssprecher der Freien Wähler, Michael Leonbacher, ist das gesamte Verhalten der Behörden ein Grund, dass mehr getan werden muss. „Dann soll sich auch unser Gröbenzeller Abgeordneter Bocklet einsetzen“, forderte Leonbacher.